

POLITISCHES SEKRETARIAT

^{Yugoslavie}
p.B.58.2. ~~Mazedonien~~-MEC/BUG

Bern, den 12. September 1991

ZUM REFERENDUM ÜBER DIE FRAGE DER UNABHÄNGIGKEIT IN MAZEDONIEN

1. Inhalt und Resultat des Referendums

Am 8.9.1991 konnten die stimmberechtigten Einwohner der jugoslawischen Republik Mazedonien zur Frage Stellung nehmen, ob sie in einem unabhängigen und souveränen Staat Mazedonien leben wollten, der das Recht haben sollte, einem Bund souveräner Staaten Jugoslawiens beizutreten.

Nach offiziellen Angaben haben sich 95 % der Stimmenden für die Unabhängigkeit ausgesprochen. Dabei ist allerdings zu vermerken, dass das Referendum von zwei Minderheiten boykottiert wurde: von den Serben, die 2 - 3 % der Bevölkerung ausmachen und den Albanern, die mit 20 - 25 % der Gesamtbevölkerung durchaus keine verschwindende Minderheit darstellen.

2. Ursachen des Boykotts

a) für die Serben

Auch die in Mazedonien angesiedelten Serben vertreten die Ansicht, dass Serbien auf alle Gebiete auszudehnen sei, in welchen Serben wohnhaft sind. Mazedonien, das vor dem 2. Weltkrieg zu Serbien gehörte, bezeichnen sie kurzerhand als Südserbien und sprechen ihm jedes Recht auf Selbständigkeit ab.

b) für die Albaner

Die Albaner, die vor allem im Westen der Teilrepublik gegen die Grenzen zu Albanien und dem Kosovo angesiedelt sind, unterstrichen mit dem Boykott ihre Forderung nach der schon seit

langem verlangten, aber noch immer nicht verwirklichten Gleichberechtigung mit den Mazedoniern. Sie verlangen insbesondere die Aufwertung vom Status einer Minderheit zu einer zweiten staatstragenden Nation mit der entsprechenden Verankerung in der neuen Verfassung. Der vorliegende Verfassungsentwurf, der noch im September verabschiedet werden soll, nimmt noch keinen Bezug auf die geforderte Gleichberechtigung.

3. Die Bedeutung des Referendums

Die jetzige mazedonische Führung strebt nach wie vor die Umwandlung Jugoslawiens in einen Bund souveräner und gleichberechtigter Staaten an. Mit dem eben abgehaltenen Referendum kommt in dieser Hinsicht kein neues Element hinzu, umso weniger als Slowenien und Kroatien genau dasselbe Ziel verfolgten, das aber von der kommunistischen serbischen Führung zuerst mit der Konfrontationspolitik (Wirtschaftskrieg gegen Slowenien und Kroatien) und später mit der Expansionspolitik (Bürgerkrieg seit der Intervention des Bundesheeres in Slowenien von Ende Juni) verhindert wurde.

Damit stellt sich die Frage, welches überhaupt der Zweck dieses Referendums war.

Auf der einen Seite will die mazedonische Führung mit dem Ausgang des Referendums und den erfolgten diesbezüglichen Erklärungen die serbischen Nationalisten beruhigen. Mit dem Abstimmungsausgang wird erneut die vermittelnde Rolle Mazedoniens bekräftigt, das mit dem Vorschlag eines losen Staatenbundes, der vor allem auf wirtschaftlichen Interessen und Beziehungen gründen soll, einen Ausgleich zwischen einerseits Slowenien und Kroatien und andererseits Serbien herbeiführen will.

Auf der anderen Seite ist die Möglichkeit der Abspaltung eine deutliche Warnung an die Adresse Serbiens. Die Frage der Unabhängigkeit Mazedoniens, die im Referendum an erster Stelle ge-

standen hat, soll jedoch erst in zweiter Linie in Betracht gezogen werden, nämlich dann, wenn keine Wirtschaftsgemeinschaft unter den heutigen Teilrepubliken geschaffen werden kann, oder wenn das heutige Jugoslawien im Chaos versinken sollte. Damit ist vermutlich die Ausdehnung des Bürgerkrieges auf andere Teilrepubliken gemeint, insbesondere auch auf die als "Südserbien" betrachtete Teilrepublik Mazedonien.

Schliesslich kommt dem Referendum auch für den mazedonischen Nationalismus Bedeutung zu. Die mazedonischen Behörden nehmen das Abstimmungsergebnis als Beweis dafür, dass sich die slawischen Bewohner der südöstlichen Teilrepublik als Mazedonier fühlen. Somit sei erwiesen, dass sowohl eine mazedonische Nation als auch ein ebensolcher Staat existierten.

4. Die Frage der Existenz einer mazedonischen Nation und eines mazedonischen Staates

Die heutige Teilrepublik Mazedonien wurde erst 1944 durch Tito zur Republik erhoben. In der Zwischenkriegszeit gehörte sie zu Serbien, das versuchte, die Bevölkerung zu serbisieren. Der Gebrauch des Mazedonischen war verboten. Mit der Schaffung der mazedonischen Teilrepublik wurde die eigenständige kulturelle Entwicklung wieder ermöglicht. Erst nach dem Kriege wurde die mazedonische Schriftsprache geschaffen.

Einer Minderheit nationalistischer Extremisten schwebt die Errichtung eines gross-mazedonischen Staates vor, der ausser dem Territorium der jetzigen Teilrepublik, die mazedonischen Grenzgebiete Bulgariens und Griechenland umfassen würde. Die Schaffung eines solchen Staates erscheint in jedem Fall unrealistisch, da sowohl Bulgarien als auch Griechenland keinesfalls zu Gebietsabtretungen bereit wären.

Bulgarien und Griechenland anerkennen aber die heutigen gemeinsamen Staatsgrenzen zwischen Mazedonien und Bulgarien,

bzw. Griechenland. Beide verneinen jedoch die Existenz einer mazedonischen Nation, die sie für eine willkürliche Konstruktion Belgrads halten. Ebenso anerkennen sie die Existenz mazedonischer Minderheiten auf ihren eigenen Staatsgebieten nicht.

Bulgarien wäre anscheinend bereit, einen unabhängigen Staat Mazedonien anzuerkennen, wenn es auch die Mazedonier als Bulgaren betrachtet. Dem hält die mazedonische Führung gegenüber, dass sich bei der Volkszählung vom Frühjahr 1991 nur gerade 1'596 Einwohner Mazedoniens als Bulgaren bezeichnet hätten.

Griechenland vertritt die Auffassung, dass die Mazedonier lediglich slawisierte Griechen seien und somit eindeutig zum griechischen Volk gehörten. Es erscheint fraglich, ob Griechenland einen unabhängigen Staat Mazedonien anerkennen würde.

Wenn die serbische Aggression nicht bald gestoppt werden kann, ist zu befürchten, dass Mazedonien in eine höchst schwierige Lage geraten wird. Die Verbindung zu Serbien wird immer belastender. Serbien dürfte - wenn überhaupt noch - nicht mehr lange in der Lage sein, Mazedonien als Teilrepublik wirtschaftlich zu unterstützen. Zu sehr ist die serbische Wirtschaft durch den Bürgerkrieg in Mitleidenschaft gezogen worden. Für den nächsten Winter ist mit grossen Versorgungsgängen zu rechnen.

Ebenso dürfte der politische Wille seitens der serbischen Führung fehlen, Mazedonien zu unterstützen. Es ist bekannt, dass extreme serbische Nationalisten ein Gross-Serbien fordern, das im Osten bis an die griechische Grenze reicht. Deshalb erfolgte auch die mazedonische Warnung an die Serben, nötigenfalls einen unabhängigen Staat Mazedonien zu schaffen. Es erscheint allerdings zweifelhaft, ob Mazedonien über das nötige Verteidigungspotential verfügt, um sich gegen serbische Uebergriffe verteidigen zu können.

Falls doch noch irgendwann einmal ein loser Bund souveräner Staaten geschaffen werden könnte, bestehend aus Slowenien und Kroatien und allenfalls Bosnien-Herzegowina, wäre es für Mazedonien, dem unterentwickelsten Teilstaat Jugoslawiens, kaum möglich, sich in die Wirtschaftsgemeinschaft zu integrieren, da es geographisch durch die serbisch beherrschte Provinz Kosovo und das serbientreue Montenegro von den übrigen Teilrepubliken getrennt ist.

Falls als letzter Ausweg die Proklamierung eines unabhängigen Staates gewählt würde, beständen neben der geographischen Isolation auch aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, dem hohen Analphabetismus (10,9 %) und der noch höheren Arbeitslosigkeit (1989: 16 %) denkbar schlechte Zukunftsaussichten. Es sei hier daran erinnert, dass Mazedonien früher vom "Fonds für die Finanzierung der unterentwickelten Gebiete" profitierte, in den Slowenien allein knapp 40 % einzahlte. Es versteht sich von selbst, dass dieser Fonds weder von Slowenien noch von Kroatien weiter gespeist wird.

Kopie an:

- PA I
- PA III: KSZE-Dienst
Dienst für Friedensfragen
- Botschaften in: - Belgrad, - Rom,
- Wien, - Bonn, - Athen